



DELEGIERTENTAG 2023

Horst Niens mit deutlicher Mehrheit als GdP-Vorsitzender wiedergewählt

Horst Niens ist vom Landesdelegiertentag der Gewerkschaft der Polizei (GdP) mit deutlicher Mehrheit als Landesvorsitzender wiedergewählt worden. In seiner Rede hatte Niens zuvor dafür geworben, dass der in den vergangenen Jahren begonnene personelle Wiederaufbau der Polizei konsequent fortgesetzt wird. Außerdem wurde die unerträglich lange Dauer der Strafverfahren angesprochen und die drängenden Probleme beim Bewohnerparken in aller Deutlichkeit thematisiert.

GdP Hamburg

Personeller Aufbau der Polizei Hamburg muss fortgesetzt werden

„Der Senat hat in den letzten Jahren erhebliche Mittel in die Einstellung von zusätzlichen Polizistinnen und Polizisten und in die technische Ausrüstung der Polizei investiert. Trotzdem haben wir noch einen weiten Weg vor uns, bis die Polizei so ausgestattet ist, dass sie alle ihr gestellten Aufgaben im vollen Umfang wahrnehmen kann“, sagte Niens. „Deshalb muss der personelle Wiederaufbau der Polizei in den nächsten Jahren konsequent fortgesetzt werden.“

Die GdP fordert eine nachhaltige Attraktivitätssteigerung für den öffentlichen Dienst.

Kernthema: eine Polizei

„Die Spartenrennung zwischen der Kripo, der Wasserschutzpolizei und der Schutzpolizei muss in Hamburg endlich vom Tisch, damit wir in Zukunft noch genügend junge Menschen für den Polizeiberuf begeistern können“, fordert der GdP-Vorsitzende.

Dringenden Handlungsbedarf gibt es auch bei den Bewohnerparkzonen, wo die GdP nach wie vor fordert, die kritische Infrastruktur von den Bestimmungen auszunehmen.

Zudem wurden die Aufstiegschancen bei der Polizei thematisiert, die heute nur allzu



oft durch unberechtigte Anzeigen gegen Einsatzkräfte verhindert werden. In der Rede von Senator Grote wurde deutlich, dass der politische Wille besteht, die Situation zu verbessern. Senator Grote skizzierte, dass die GdP in der Vergangenheit hier immer wieder Verbesserungen eingefordert hat, und machte klar, dass es in naher Zukunft Verbesserungen geben wird. ■





Lars Osburg, GdP Hamburg



Foto: GdP HH

Bewohnerparken Hamburg

Die Behörde für Verkehr und Mobilitätswende (BVM) hat gemeinsam mit der Handwerks- sowie Handelskammer eine Kontingentlösung erarbeitet. Somit können entsprechende Fahrzeuge in den Zonen parken. Mit den Interessenvertretern der Polizei wurde nach wie vor nicht gesprochen. Das lässt tief blicken und zeigt, dass die Polizei dem Verkehrssenator der Grünen nicht wichtig ist.



**Gewerkschaft
der Polizei**
Hamburg

DP – Deutsche Polizei
Hamburg

Geschäftsstelle
Hindenburgstraße 49, 22297 Hamburg
Telefon (040) 280896-0
Telefax (040) 280896-18
gdp-hamburg@gdp.de
www.gdp-hamburg.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle
Montag bis Donnerstag
8.00 bis 16.00 Uhr
Freitag
8.00 bis 14.00 Uhr

Redaktion
Jörn Clasen (V.i.S.d.P.)
Hindenburgstraße 49, 22297 Hamburg
joern.clasen@gdp.de



**Polizeisozialwerk
Hamburg GmbH**



**schauinsland
reisen**

Sonne tanken, Energie sparen

**KÜHLSCHRANK AUS, HEIZUNG RUNTER, AUTO IN DIE GARAGE
UND MIT SPAREFFEKT IN DEN WARMEN WINTER**



URLAUB IN BESTEN HÄNDEN

Polizeisozialwerk Hamburg GmbH, Hindenburgstr. 49, 22297 Hamburg
Tel: 040 / 28 08 96 22/23 E-Mail: psw-reisen-hamburg@gdp.de



„Gleiche Tätigkeit bedeutet lange noch nicht gleiche Besoldung.“

BEAMTENBESOLDUNG

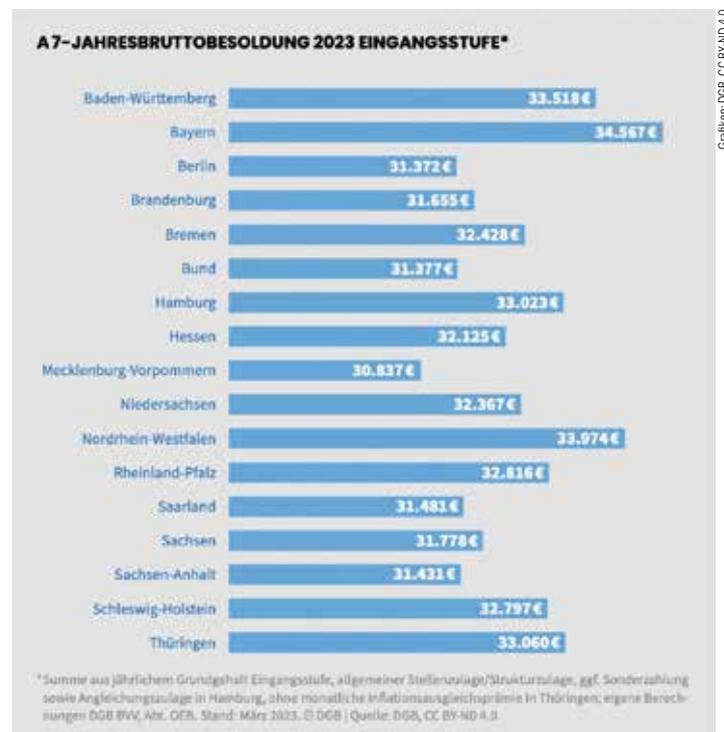
Besoldungsreport 2023 – Besoldung wird zur Dauerbaustelle

Die Besoldungslücke wird minimal kleiner, Bayern bleibt Spitzenreiter, Thüringen holt auf, das Saarland landet mit wenigen Ausnahmen erneut auf den hinteren Plätzen und der Bund muss in diesem Jahr deutlich nachholen: Das ist das Ergebnis des DGB Besoldungsreports 2023. Betrachtet man nicht nur die Entwicklung der Grundgehälter, sondern die gesamte Besoldungspolitik, kann das vergangene Jahr zudem als ein sehr bewegtes bezeichnet werden. Denn fast alle Besoldungsgesetzgeber haben Maßnahmen ergriffen, um ihre Alimentation amtsangemessen zu machen. Ob sie das geschafft haben, muss sich zeigen.

Überwiegend verspätete Reparaturpolitik

Die Besoldungspolitik der Gesetzgeber ist bislang wenig zukunftsorientiert. Sie repariert lediglich seit Jahren bestehende und bekannte Mängel. Umso bedenklicher ist es, dass eine rückwirkende Erstattung ggf. zustehender Bezüge überwiegend nur für Widerspruchsführer*innen vorgesehen ist. Beamt*innen, die im Vertrauen auf die Rechtmäßigkeit ihrer Besoldung keine Ansprüche geltend gemacht haben, gehen leer aus. Und obwohl das zum 1. Januar 2023 eingeführte Bürgergeld aufgrund des damit einhergehenden neuen Existenzminimums eine Überprüfung und ggf. Anpassung aller Besoldungsgesetze hinsichtlich des gebotenen Mindestabstands nötig macht, haben die notwendigen Schritte bislang ledig-

Deutscher Gewerkschaftsbund, März 2023





lich Bayern und Thüringen eingeleitet. Es scheint, als würden die meisten Gesetzgeber an ihrer bislang praktizierten defensiven Reparaturpolitik festhalten wollen.

Der Report

Aufgrund ihrer Komplexität sind die verschiedenartig ausgestalteten familien- und ortsbezogenen Besoldungsbestandteile – wie bisher – nicht im DGB Besoldungsreport abgebildet. Die Aussagekraft von Berechnungen hierzu wäre zudem stark abhängig von der individuellen familiären Situation. Der DGB Besoldungsreport stellt hingegen die Auswirkungen der Besoldungspolitik von Bund und Ländern anhand der Jahresbruttobesoldung der Besoldungsgruppen A 7, A 9 und A 13 einer ledigen und kinderlo-

sen Beamtin bzw. eines ledigen und kinderlosen Beamten dar. Er veranschaulicht, welche Wege die 17 Besoldungsgesetzgeber seit der Föderalismusreform I im Jahr 2006 beschritten haben und wie die einseitig ausgeübte Gesetzgebungskompetenz zu einem Auseinanderdriften der Besoldungslandschaft geführt hat. Im Vergleich zum letzten Report aus dem Jahr 2021 ist die Besoldungslücke zwar erneut minimal kleiner geworden, aber nach wie vor gilt: Gleiche Tätigkeit bedeutet lange noch nicht gleiche Besoldung. Eine Besonderheit des diesjährigen Reports ist ein eigenes Kapitel zu den Jahresbruttobezügen von Anwärter*innen. Auch hier gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Dienstherren, auf die der DGB aufmerksam machen möchte. Die vorliegende Ausgabe gibt den Stand der Rechtslage zum 29. März 2023 wieder. ■



EINSATZBEWÄLTIGUNG

Nach dem Großfeuer in der Billstraße!

GdP Hamburg fordert Konsequenzen aus dem verheerenden Großfeuer in der Billstraße – wer rechtsfreie Räume duldet, bringt Menschenleben in Gefahr

Das verheerende Großfeuer müsse nach Ansicht der GdP umfassend untersucht werden. „Nachdem kurz nach Brandausbruch von Einsatzkräften Bettenburgen in den Gewerberäumen entdeckt wurden, stand die Rettung von Menschenleben schlagartig im Fokus der Bemühungen“, berichtet der GdP-Landesvorsitzende Horst Niens.

GdP Hamburg

Rechtsfreie Räume im Industriegebiet

Seit geraumer Zeit sei klar, dass in der Billstraße zahlreiche Gewerbetreibende gegen viele Gesetze verstießen. Es bestünde nach Auffassung der GdP der Verdacht der Hehleri, der Steuerhinterziehung und des Menschenhandels im Zusammenhang mit den dortigen Liegenschaften.

„Die Eigentumsverhältnisse sind schwierig, genauso ist unklar, wer persönlich verantwortlich ist. Das alles mag sein, aber die Lage ist schon seit Langem außer Kontrolle. Und das ist nicht akzeptabel!“, stellte Niens fest. „Unsere Kolleginnen und Kollegen sind unter Einsatz ihres Lebens am Brandort aktiv gewesen. Es kann nicht sein, dass tonnenweise Schrott und alle möglichen Güter auf engstem Raum gelagert werden. Es darf nicht sein, dass dort scheinbar unbehelligt Menschen illegal wohnen!

Klimaschutz spielt ebenfalls eine Rolle

Wir fordern Konsequenzen, solche Areale müssen streng kontrolliert werden. Zoll, Bauaufsicht, Feuerwehr, Umweltamt und Polizei müssen gemeinsam agieren und den Rechtsstaat durchsetzen“, stellte Niens klar.

Abschließend betonte die GdP Hamburg, dass durch das verheerende Großfeuer Hunderte Tonnen CO₂ freigesetzt und damit viele Bemühungen um CO₂-Einsparungen zunichtegemacht wurden. Großfeuer zu verhindern, sei nach Auffassung der GdP aktiver Klimaschutz. ■



Foto: GdP HH



„Das ist eine Welt für sich, die sehr schwierig abzuschätzen ist“

ÖFFENTLICHE SICHERHEIT

Attacken mit Messern und Schusswaffen zeigen großen Handlungsbedarf!

Immer wieder kommt es in Hamburg zu Vorfällen mit Schusswaffen und Messern. Ganz offensichtlich handelt es sich oftmals um Streitigkeiten im kriminellen Milieu. Nach den Schüssen in Langenhorn und der tödlichen Auseinandersetzung in einer Shisha-Bar in Hamburg-Hamm warnt die GdP Hamburg vor einer ausufernden Bandenkriminalität in Deutschland.

GdP Hamburg

Der Einsatz von gefährlichen Waffen nimmt massiv zu

„Das muss eine Mahnung sein. Glücklicherweise sind solche Taten nicht an der Tagesordnung. Es ist jedoch zu befürchten, dass diese Taten einen Hintergrund in der Bandenkriminalität haben. Wenn Banden ihre Streitigkeiten auf offener Straße austragen und Schusswaffen und Messer einsetzen, dann müssten die Alarmglocken eigentlich sehr laut schrillen“, so der stellv. Landesvor-

sitzende Osburg. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hatte bereits auch kurz nach dem letzten Gebrauch einer Schusswaffe vor einer Shisha-Bar in Lurup vor rivalisierenden Gruppen gewarnt und Verbundeinsätze angemahnt. Die Vergangenheit habe gezeigt, „dass wir hellwach sein müssen“, sagte der hamburgische GdP-Landesvize Lars Osburg. Welche Folgen die Taten in Hamburg aber tatsächlich in den kommenden Tagen und Wochen habe, sei spekulativ. „Das ist eine Welt für sich, die sehr schwierig abzuschätzen ist“, sagte Osburg.

Strafen müssen sofort folgen!

Solche Gewalttaten können ein Klima der Angst weit über das Milieu hinaus verbreiten. Lars Osburg: „Die Polizei, die Staatsanwaltschaft und auch die Gerichte sind seit Jahren bekanntermaßen überlastet. Das führt zu einer sehr hohen Länge der Ermittlungs- und Verfahrensdauer. Das wiederum wirkt sich auf die Täter so aus, dass sie sich aufgrund der Dauer, in der scheinbar nichts passiert, in Sicherheit wiegen und ihren kriminellen Handlungen weiter nachgehen. Zudem werden Ersttäter immer deutlich milder bestraft als Wiederholungstäter. Als Wiederholungstäter gilt man jedoch erst dann, wenn ein anderes Verfahren rechtskräftig abgeurteilt ist. Alle Taten, die die Täter also während der unnötig langen Verfahrensdauer begehen, werden nicht strafverschärfend als Wiederholungstat abgeurteilt. Das muss aufhören.“

Die GdP Hamburg fordert hier ein deutliches Umdenken. Strafen müssen auf dem Fuß folgen. Wir müssen den Rechtsstaat wieder stärken und Straftätern gegenüber Autorität zurückgewinnen. Ein Wegschauen kann und darf sich niemand erlauben. Lars Osburg abschließend: „Wir müssen konsequent gegen jede Form der Paralleljustiz vorgehen und die Gangart gegen kriminelle Banden verschärfen!“ ■



**Hinweis:**

Aus datenschutzrechtlichen Gründen ist eine Veröffentlichung von 25- und 40-jährigen Dienstjubiläen ohne ausdrückliche Zustimmung des Jubilars in der Zeitschrift „Deutsche Polizei“ leider nicht mehr gestattet. Sollte eine Veröffentlichung des Dienstjubiläums gewünscht werden, bitten wir um Mitteilung des Termins an die GdP-Mitgliederverwaltung. **Tel.: (040) 280896-17**

Anzeige

HILFE IM TRAUERFALL

GBI

040 - 24 84 00